

## ENTSCHLIEßUNGSANTRAG

der Abgeordneten Scheibner, Ing. Westenthaler  
Kollegin und Kollegen

eingebracht im Zuge der Debatte zu der dringlichen Anfrage „Versagen von Wirtschaftsminister Bartenstein bei der Bekämpfung der Teuerung“ (4947/J)

betreffend Auswirkungen der Teuerung auf die Budgets der Ressorts Inneres und Verteidigung und die damit verbundene Gefahr von weiteren Einsparungen beim täglichen Dienstbetrieb und damit bei der öffentlichen Sicherheit

Die Teuerungswelle, welche derzeit die Österreicherinnen und Österreicher unzumutbar finanziell belastet, macht auch nicht vor den Budgets der Ministerien halt. Steigende Benzinpreise, Versorgungskosten und Energiepreise zehren einen durch die Teuerung immer größer werdenden Teil des Bundeshaushalts auf. In besonderem Maße sind dabei die Ressorts Inneres und Verteidigung betroffen. Es besteht nun die Gefahr, dass aufgrund der Teuerung weitere Einsparungen in den jeweiligen Budgets zulasten des täglichen Dienstbetriebs und damit bei der öffentlichen Sicherheit vorgenommen werden. Bereits heute ist der Personalstand bei der Polizei und beim Bundesheer auf einem besorgnisregenden Tiefstand. Im Verteidigungsressort gibt es schon jetzt aufgrund des fehlenden Kaderpersonals massive Einschnitte beim Ausbildungsbetrieb. Als weitere Belastungen kommen die Kosten für den Tschadeneinsatz und die unabsehbaren Folgekosten des Eurofightervergleiches von SPÖ-Minister Darabos dazu. Ähnliches gilt für das Innenressort – nach zurückhaltenden Schätzungen fehlen gegenwärtig rund 1.000 Polizisten. Bestes Beispiel für die wachsende Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung und die zunehmende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ist die Tatsache, dass die Innenministerin am 13.08.2008 persönlich Opfer von Kriminalität wurde. Die bisherige Politik der großen Koalition legt nahe, dass sie die durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben durch Personalabbau zu kompensieren sucht.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten nachstehenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass der Personalstand und das Budget der Polizei sowie des Bundesheeres nicht wegen der durch die Teuerung gestiegenen Aufwendungen der jeweiligen Ressorts reduziert, sondern dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden.“

Wien, am 12. September 2008

